

BREMER RUNDSCHAU

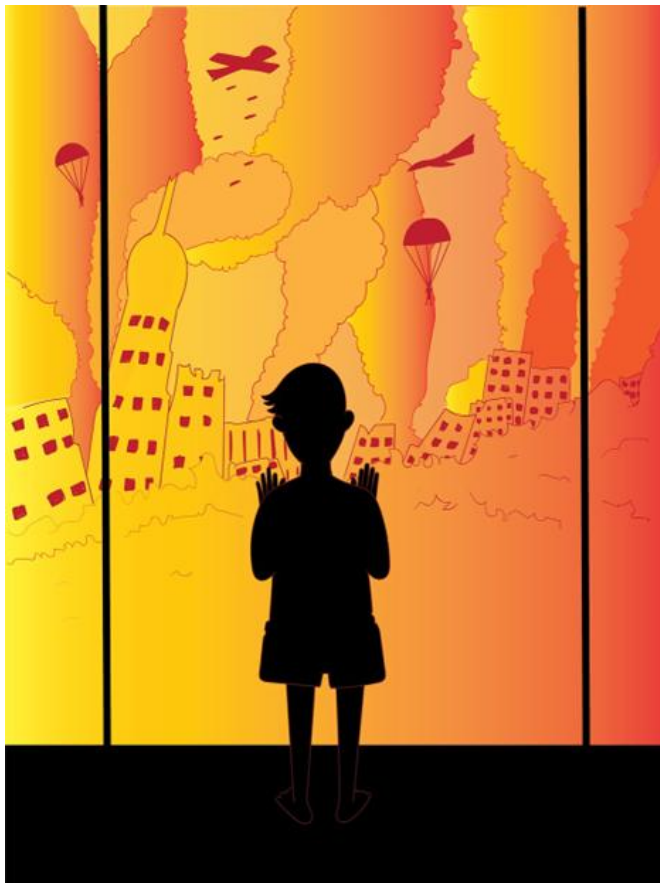


Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - DKP Bremen | Nr. 2 / 2026

Zeitenwende – Glück für Bremen?

Bremerhaven im Visier: 1,3 Milliarden für NATO-Kriegsvorbereitung

Alle blicken sie mit leuchtenden Augen auf das Geld: 1,3 Milliarden Euro stellt der Bund „auf Pump“ bereit, um die Bremerhavener Hafenlogistik in einen militärischen NATO-Umschlagplatz zu verwandeln. Allen voran zeigt sich Bürgermeister Andreas Bovenschulte begeistert von diesen Plänen.



Doch der Preis für dieses Geld ist unsere persönliche Sicherheit.

Wer unsere Häfen militarisiert, macht unsere Region zur primären Zielscheibe in globalen Konflikten. Damit wird die Zukunft Bremens und

Bremerhavens leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Im Krisenfall droht die maximale Gefährdung unserer zivilen Infrastruktur und damit der Verlust des Lebensraums für zehntausende Menschen, die hier ihre Heimat haben. Das Schicksal unserer Familien – von den Kleinsten bis zu den Ältesten – wird so zum Spielball militärischer Strategien.

Wir fordern:

1. **Schutz der Familien statt militärischer Zielscheiben:** Stoppen wir die Umwandlung! Unsere Häfen dürfen nicht zum Magneten für Angriffe werden, die das Leben unserer Bürger unmittelbar gefährden.
2. **Investitionen in das Leben, nicht in die Gefahr:** Die 1,3 Milliarden Euro müssen in eine sichere, zivile Zukunft fließen – in Bildung, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt, statt in Kriegsprojekte, die unsere Heimat bedrohen.
3. **Verantwortung für die Bevölkerung:** Wir fordern den Senat auf: Setzen Sie nicht die Existenzgrundlage und die körperliche Unversehrtheit der Menschen für militärische Logistik aufs Spiel.
4. **Ein ziviler Hafen für eine sichere Heimat:** Unsere Häfen müssen ein Ort des Handels bleiben – kein strategisches Angriffsziel, das die Sicherheit an jeder Haustür in Bremen und Bremerhaven gefährdet.

Zivile Zukunft statt militärischem Risiko!

Der rote Kommentar

Armut in Bremen erneut gestiegen



Der neue Armutsbericht 2026 kommt zu dem Ergebnis, dass die Armut im Land Bremen gegenüber 2025 um zwei Prozent gestiegen ist. Die Armutsquote liegt nun bei 27,5 Prozent, was mehr als 200.000 Menschen im Land Bremen betrifft. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil an armen Menschen größer. Besserung ist nicht in Sicht, wohl aber Armutsbeständigkeit, denn trotz sozialpolitischer Maßnahmen verändert sich die Situation der Menschen nicht zum Positiven.

Die Gründe sind im ausbeuterischen Niedriglohnssektor zu finden sowie in der Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen, die die Armut in der Arbeiterklasse festigen. Gestiegene hohe Lebenshaltungskosten wie Mieten, Energie und bei Lebensmitteln engen den finanziellen Spielraum der Menschen zusätzlich extrem ein.

Das Fazit der Bremer und bundesweiten Armut ist, dass die bürgerliche Politik die Armut verwaltet und sie keinesfalls mit wirksamen positiven Maßnahmen wie zum Beispiel „Mieten runter - Löhne rauf“ oder Senkung der Mehrwertsteuer entgegenwirkt.

Dass die bürgerliche Politik nichts tut was im Interesse der Arbeiterklasse ist, wissen wir. Deshalb wird sich auch am Armutsproblem nichts ändern,

im Gegenteil, es wird sich verschärfen. Im Handelsblatt vom 7.3.25 haben führende Ökonomen schon mal ihre Vorschläge unterbreitet, wie man der Arbeiterklasse noch mehr Geld vorenthalten bzw. aus der Tasche ziehen kann. Sie schrecken auch vor bisherigen Tabus nicht zurück. Sie schlagen vor Feiertage, Elterngeld und Subventionen zu streichen.

Sie wollen das Renteneintrittsalter erhöhen und die Lebensarbeitszeit verlängern, den Achtstundentag abschaffen oder die Mehrwertsteuer erhöhen. Der Grund ist in der Militarisierung zu finden.

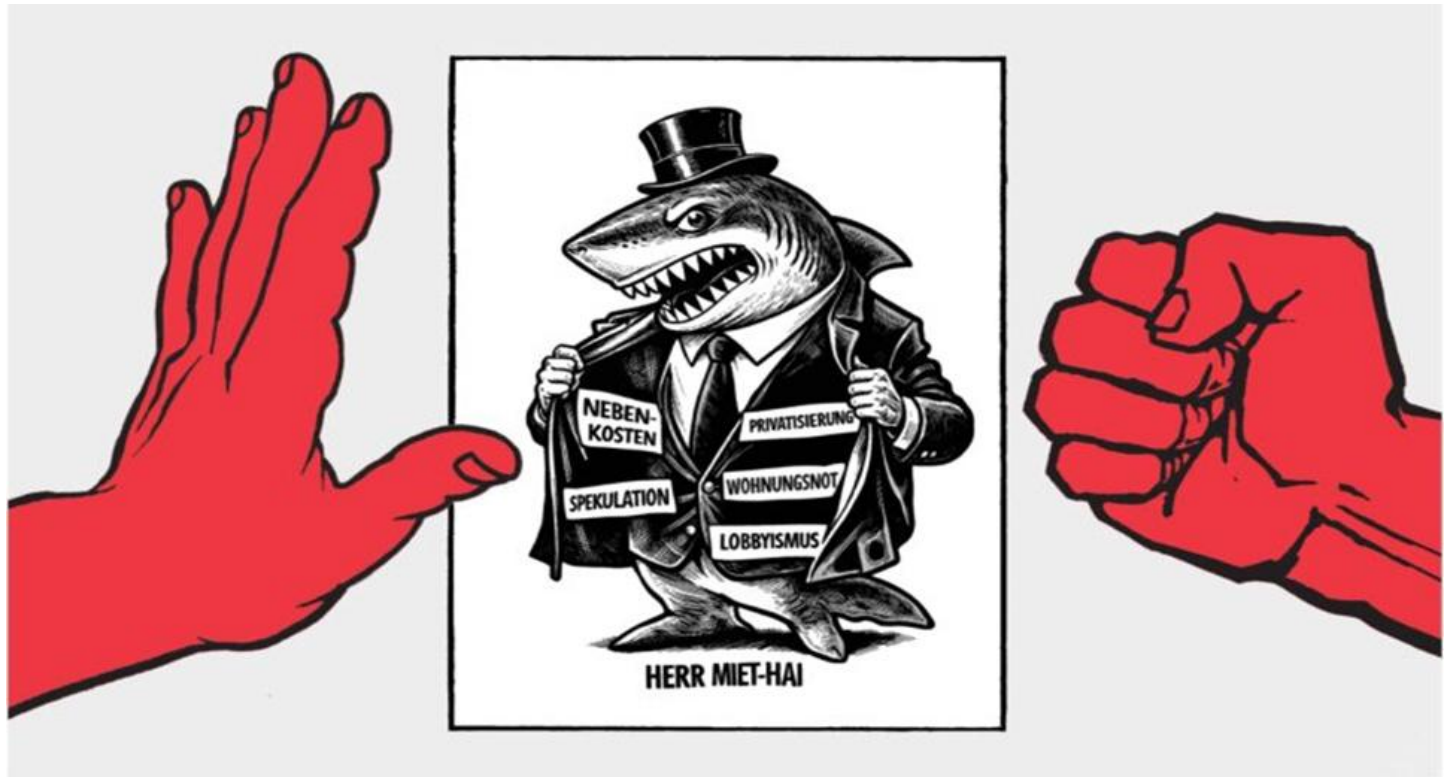
Aufrüstung kostet viel, viel Geld und wird, wie kann es im Kapitalismus anders sein, von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt. Erstmal mit Geld, abnehmenden Wohlstand und politischen Errungenschaften, später mit dem Leben der Söhne und Töchter nebst dem eigenen.

Umso wichtiger ist es jetzt, nicht die Füße still zu halten, sondern aktiven Widerstand zu leisten und aufzuzeigen, dass die viel diskutierten Kürzungen auf dem Papier reale negative Auswirkungen auf unser Leben haben und diese nicht einfach über uns ergehen zu lassen.

**Werdet aktiv in eurer Gewerkschaft und / oder
★ in der kommunistischen Partei. Der DKP. ★**

Rendite frisst Quartiere der Arbeiterklasse!

Kapitalistische Wohnungspolitik im Land Bremen



Die Mieten im Land Bremen steigen, der Trend ist ungebrochen. Immer mehr Haushalte der Arbeiterklasse haben Probleme die Mieten zu bezahlen oder überhaupt eine angemessene Wohnung zu finden. Es gibt nicht genug Wohnungen und noch weniger bezahlbaren Wohnraum. Bereits jetzt leben in Bremen ca. 500 obdachlose Menschen und etwa 6.000 Wohnungslose.

Für Wohnungsunternehmen herrschen paradiesische Zustände. In Bremerhaven wird heuer mit dem Werftquartier ein künftiges Viertel entwickelt. Versprochen wird u.a. Wohnen direkt am Wasser, wobei Werftkräne für reichlich Industriecharme sorgen sollen. Parks, viele Grünflächen zum Treffen oder wo man Sport machen kann bis hin zu möglichen Badebecken vervollkommen das Ganze. Neben einer Grundschule und Kitas soll es auch einen Supermarkt geben. Es werden keine Mühen gescheut um dieses Projekt anzupreisen. Geländeführer auf dem künftigen Baugelände holen dafür immer wieder Bilder von früher heraus und erzählen

von der Zeit, als im Fischereihafen noch richtig Betrieb war, die Arbeiter Tag und Nacht geschuftet haben, es nach Schweiß, Petroleum und Fisch gerochen hat.

Auf der ehemaligen Seebeck-Werft sollen in einer ersten Bauphase 108 Eigentums- und preisgebundene Wohnungen sowie Reihenhäuser in klimaneutraler Bauweise, außerdem Promenaden am Wasser entstehen. Dafür müssen aber die Kaje im Fischereihafen saniert werden – Frage: Wer das wohl bezahlt?

Da kann, wer richtig Geld ausgeben will, sich ein wahrlich schickes neues Wohnprojekt inmitten einer immer weiteren expandierenden Fun-Meile kaufen oder mieten.

Wer allerdings den Armutsbericht 2026 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes liest, weiß, wer dafür nicht in Frage kommt. Richtig: Menschen aus der Arbeiterklasse. Doch, wir werden uns eines Tages an Bertold Brecht halten, der da sagte:

In Erwägung, dass da Häuser stehen, während ihr uns ohne Bleibe lasst, haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen, weil es uns in uns'ren Löchern nicht mehr passt“.

★★★

Tanktaugliche Brücken?



Damit Panzer rollen: Das Land Bremen und die Bundesregierung wollen Millionen in die Bremer Brücken stecken. (Foto: gemeinfrei)

Das Landesstraßengesetz wird vom Bremer Senat geändert, damit der Bau von neuen Brücken und die Sanierung der maroden Brücken unkomplizierter werden soll. So sollen beispielsweise beim Planen und Durchführen der Projekte andere Belange – wie zum Beispiel der Naturschutz – vernachlässigt werden können. Bisher fehlte die gesetzliche Entscheidungsgeschwindigkeit - die schaffen wir jetzt, so der Bremer Senat.

Auf einmal sind funktionierende Straßen und stabile Brücken die Voraussetzung für unsere Daseinsvorsorge, nachdem jahrelang ein milliardenschwerer Investitionsstau angehäuft wurde. Die Gesetzesänderung sieht unter anderem vor, dass Brücken ohne langwierige Genehmigungen und Planfeststellungsverfahren gebaut werden können. Selbst wenn ein solches Verfahren notwendig ist, soll schon vor dessen Abschluss mit dem Bau begonnen werden können.

Mit der Einstufung der Brücken als überragendes öffentliches Interesse bekommen sie Vorrang vor anderen Bauprojekten und Bremen kann dafür Geld aus dem militärischen Sondervermögen Infrastruktur ausgeben, damit die Brücken beim Panzertransport des geplanten NATO-Angriffskrieges gegen Russland nicht zusammenkrachen.

Rüstungsindustrie als Kompensator für vernichtete Arbeitsplätze?

Die Abwanderung der Industrie aus Deutschland hat sich bis 2026 deutlich verschärft. Aktuelle Zahlen zeigen zwar, dass es keine Massenabwanderung gibt, aber klare statistische Hinweise auf strukturelle Probleme, Standortverlagerungen und Jobverluste. Insgesamt gingen 486.000 Stellen im produzierenden Gewerbe verloren. Besonders betroffen ist die Automobil-industrie mit minus 6,3 % Beschäftigung. Gleichzeitig entstehen Jobs im Dienstleistungssektor und anderen Bereichen, was den Strukturwandel verstärkt. Nach Schätzung der IG Metall arbeiten im Land Bremen rund 10.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Die desolante

Weltlage sorgt für volle Auftragsbücher bei Rheinmetall, Atlas Elektronik, Lürssen, OHB, Saab, Airbus & Co. Im Land Bremen arbeiteten im Juni 2025 etwa 20 % im produzierenden Gewerbe, was etwa 70.000 Beschäftigten entspricht, davon 15% in der Rüstungsbranche. Das bedeutet, dass die Rüstungsindustrie nicht als Heilsbringer für die verlorenen Arbeitsplätze gesehen werden kann, wie das das Bundesarbeitsministerium immer so sagt, um der Aufrüstung im Grunde genommen einen positiven Glanz als Retter der Industriestandorte zu geben. Zu beobachten ist, dass sich das Kapital gegenseitig unterstützt, indem ... >>>

Fortsetzung von Seite 4

es Mitarbeiter hin und her verschiebt, man ist im ständigen Austausch mit dem Waffenherstellern.

Und woher kommen die Beschäftigten für Maschinenbau und Rüstung? Von der Automobilindustrie und ihren Zulieferern. Dort werden weiterhin Arbeitsplätze abgebaut. Beispiel Rheinmetall: Der Rüstungskonzern will Beschäftigte übernehmen, die zuvor beim Zulieferer Continental gearbeitet haben. Continental hat die Schließung seines Standorts in Gifhorn bis Ende 2027 angekündigt. Beide Unternehmen teilten gemeinsam mit, dass bis zu 100 Conti-Beschäftigte aus Gifhorn direkt zum Rheinmetall-Standort Unterlüß wechseln sollen. Dort will Rheinmetall Artilleriemunition, Sprengstoff und Komponenten für Raketenartillerie

produzieren. Weitere 500 neue Arbeitsplätze sind geplant, einen für *ihre Zwecke brauchbaren Teil der Arbeiter* holen sich die Rüstungsbosse dann von Bosch, ZF, Mahle, Stiebel Eltron oder Siemens Mobility.

Die Beschäftigten werden hin und her verschoben, mal da und dort ausgebeutet, wie das Kapital und seine Regierung es benötigt. Ein ZF-Sprecher bestätigt dies: „Seit ZF angekündigt hat, seine Produktion am Standort Gelsenkirchen bis zum Jahresende 2024 zu beenden, sind einige namhafte Unternehmen mit Bedarf an gut qualifizierten Facharbeitern auf uns zugekommen – darunter auch solche, die in Zusammenhang mit der ‚Zeitenwende‘ eine Sonderkonjunktur haben.“

Das Unternehmerbild

Die Regierung nannte die Unternehmer Motoren des Fortschritts.

Die Kolleginnen und Kollegen, die das durch die Medien vernahmen, fragten mich, den Kommunisten: Stimmt das? und, wo bleiben wir in diesem Bild?

Ich, der Kommunist, antwortete: Wir sind das Benzin. Wir werden verheizt.

Jetzt als Arbeiter, später als Soldaten – **wenn wir uns nicht wehren.**

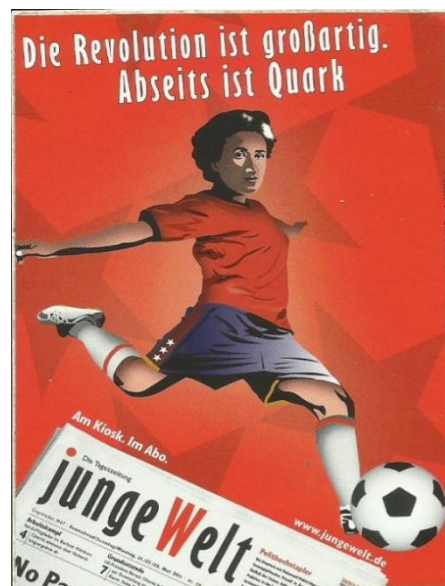
(nach Peter Maiwald)



70 Jahre KPD-Verbot

Vor Gericht fanden sie nichts an ihm verurteilungswert, außer, dass er ein Kommunist war. Da beugte sich der Vorsitz zu ihm mit dem Vorschlag, aus der KPD auszutreten, in die Straffreiheit.

Ich bin Arbeiter, sagte der Kommunist. Ich kann aus meiner Haut nicht heraus. So verurteilten sie ihn drei Jahre lang wegen Dickfelligkeit. P.M.



Impressum
BREMER RUNDSCHAU
Deutsche
Kommunistische
Partei
Bremen

Kontakt: dkp-bremen@gmx.de & www.bremen.dkp.de
Besser informiert, mit der Zeitung der DKP:
www.unsere-zeit.de oder einfach QR-Code

UZ unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen



Zum Teufel nochmal, ...



Deutschland soll „kriegstüchtig“ werden. Dafür soll die Jugend zum Kriegsdienst gezwungen und

der Sozialstaat zerschlagen werden. Wir sollen zahlen, damit die BRD die größte Armee der EU

aufbauen und bewaffnen kann. Hat man aus zwei verschuldeten Weltkriegen nichts gelernt? Um die Militarisierung bei der Bevölkerung durchzusetzen wurde das Placebo „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz“ produziert. 500 Milliarden Euro für die Sanierung von Schulen, Sportanlagen, Brücken, Straßen und sozialen Einrichtungen. Das klang gut, aber getan hat sich nichts, weil es in Wirklichkeit auch gar nicht so gemeint war. War halt nur ein Placebo. Das ‚Sondervermögen Infrastruktur‘ wurde gemeinsam mit den Kriegskrediten beschlossen und war eng mit dem Ausbau militärisch nutzbarer Infrastruktur verknüpft. Es war also von Anfang an klar, dass damit keine Schulteilten saniert, Turnhallen gebaut oder der Nahverkehr verbessert werden.

Wo bleiben also die angekündigten Milliarden?

Bremen könnte das Geld gut gebrauchen, bisher ist es aber nicht in den Stadtteilen angekommen.

Hier einige wenige Beispiele von vielen aus Vegesack: Die Straßen sind in oft erbärmlichem Zustand. Spurrillen und tiefe Löcher. Gefährlich vor allem für Fußgänger und Zweiräder. So und noch schlimmer sieht es an etlichen Stellen in ganz Bremen aus. Seit 2022 wird in Vegesack an einer Eisenbahnbrücke gearbeitet. Die ist etwa so breit wie die Straße, die sie überspannt. Sie ist immer noch nicht fertig. Gerade hier sind solche Investitionen bitter notwendig, wie u.a. bei Bremens heruntergekommenen Schulgebäuden. Um auf den Abbau von Daseinsvorsorge und den damit verbundenen sozialen Kahlschlag aufmerksam zu machen, hat die DKP gemeinsam mit der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ die Aktion „Wo bleiben die Milliarden?“ initiiert. Mehr Info unter:

<https://nie-wieder-krieg.org/wo-bleiben-die-milliarden/>

Anzeige

Einladung: Natur- & Vogelführung in Bremen-Nord

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten gemeinsam mit Kyra vom NABU Bremen die heimische Natur und Vogelwelt erkunden! Viele von uns kennen ihre Begeisterung und ihr Wissen bereits von *buten un binnen*.

Damit die Führung stattfinden kann, suchen wir noch wetterfeste Teilnehmer:innen

Das Wichtigste auf einen Blick:

- **Wer:** Eine Gruppe von 5 bis 15 Personen.
- **Was:** Spannende Natur- und Vogelkunde mit einer Expertin.
- **Wo & Wann:** Stimmen wir gemeinsam ab, sobald wir genug Teilnehmer sind.
- **Ausklang:** Optionaler gemütlicher Besuch im Schlosscafé von Schloss Schönebeck.

 **Anmeldung:** Gerd-Rolf.Rosenberger@t-online.de

Wir freuen uns auf ein schönes Naturerlebnis mit euch!

Erfahrungsaustausch am Ostsee-Strand

Das Pfingstcamp - Nord 2026 der Sozialistischen Deutschen Arbeiter Jugend



SDAJ und DKP tun den Monopolen weh!“ hallt es am Samstagnachmittag laut über den Kieler Strand. Unter dem Motto „Pfingstcamp gegen Wehrpflicht“ sind dort Jugendliche aus dem Norden der Republik zusammen-gekommen, zum größten Pfingstcamp im Norden Deutschlands seit 1990 – unter ihnen besonders viele Schülerinnen und Schüler. Viele sind mit ihrem eigenen Streik-Komitee angereist. Besonders begeistert sie die Möglichkeit, sich mit Aktiven der Schulstreiks in anderen Städten austauschen zu können.

Der Kampf gegen die Wehrpflicht ist an diesem Pfingstwochenende Programm.

Der Durst nach marxistischen Antworten auf die Fragen unserer Zeit drängt viele Teilnehmer auch in die Runde „Marxismus für Einsteiger“, die in einem Rundumschlag in die Grundlagen unserer Weltanschauung einführt.

Auch die Runde zum Umgang mit Antikommunismus platzt aus allen Nähten. Hier tauschen sich die Teilnehmer über klassische Ausformungen bürgerlicher Propaganda aus, und diskutieren über einen Umgang mit der medialen Hetze gegen die Schulstreik-Bewegung und die damit einhergehende Lüge der Instrumentalisierung und Unterwanderung durch SDAJ und DKP.

Um bürgerliche Hetze und Lügen in den Diensten der Kriegsvorbereitung der Herrschenden in

Deutschland ging es auch in der Lesung der Journalistin und Publizistin Susann Witt-Stahl aus ihrem Buch „Der Bandera-Komplex“. Sie klärte über faschistische Strukturen in der Ukraine und die Rückendeckung dafür durch Bundeswehr und der deutschen Bundesregierung auf.

Neben all dem inhaltlichen Programm blieb am herrlichen Ostsee-Strand genug Zeit zum Entspannen, Baden und Lesen oder dafür, sich an einem der vielen Sportangebote zu beteiligen. Eine große Weiterentwicklung gelang auch im Kulturprogramm. An allen drei Abenden gab es Live-Musik mit jungen Musikern aus Norddeutschland.



Auf dem großen Camp-Treffen am Sonntagabend spielte der Internationalismus eine größere Rolle. Das Camp bekräftigte unter lauten „Viva Cuba!“-Rufen seine Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Der Internationale Sekretär der YCL Britanniens hielt ein Grußwort und betonte die Notwendigkeit der Stärkung der Friedenskräfte in beiden Ländern.

Marco Blum, Stellvertretender Vorsitzender der SDAJ, hob die Erfolge der SDAJ innerhalb der Schulstreiks in den letzten Monaten hervor. Er betonte, dass es nun darauf ankomme, die vielen gewonnenen Mitglieder und Sympathisanten zu entwickeln, als Verband weiter in Aktion zu kommen und die jüngsten Erfolge so in langfristige Stärkung der SDAJ zu überführen.

Skjold Albers

Kriegstüchtigkeit oder ein stimmiges Leben

Bereits 1948 hat die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, den Begriff der Gesundheit definiert:

„Gesundheit ist ein Zustand völligen psychischen, physischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen ist ein Grundrecht jedes Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“

Das als Maßstab, na dann schade Deutschland:

Ziel verfehlt – schlimmer noch, denn das Gegenteil ist der Fall. Allerdings ist etwas anderes von dieser als auch einer Folgeregierung nicht zu erwarten. Nicht in einem profitorientierten, kapitalistischen System.

Laut Tagesschau.de fehlen bundesweit ca. 1,4 Millionen Wohnungen. Allein in Bremen, laut Buten & Binnen, rund 13000 Sozialbauwohnungen.

Das bedeutet unzählige beengte Wohnverhältnisse und Stress im Miteinander, da es selbst in den „eigenen“ vier Wänden kaum Rückzugsmöglichkeiten gibt. Bei aller Liebe, ständig hängt man sich auf der Pelle: Eine massive Einschränkung der Persönlichkeitsentfaltung. Ständig irgendwo sparen und die

Sorge, schon bald wegen unbezahlbarer Mieten auf die Straße geworfen zu werden.

Gleichzeitig ist diese Situation auch Ausdruck fehlender finanzieller Möglichkeiten. Denn Wohnen wird zunehmend teurer und ist für viele nicht mehr leicht zu stemmen. Zudem, auf Wohngeld angewiesen, soll gerade hier laut Regierungsplänen radikal gekürzt werden. „Statt bisher jährlich fünf Milliarden Euro sollen künftig nur noch drei Milliarden für Wohngeld ausgegeben werden.“ So Tagesschau.de. Das entspricht einer 40%igen Kürzung. In welchen Umfang es die Wohngeldempfänger treffen wird, ist noch unklar. Daran wird noch gebastelt aber sicher ist: Es wird brutal.

Schlechte Wohnverhältnisse, grottig bezahlte Arbeit, Kinder mit miesen Lernbedingungen und und und... Das birgt eine Menge Unzufriedenheit, Wut und Hilflosigkeit. Konfliktpotential, das sich in alle Lebensbereiche überträgt. Damit ist es nicht „nur“ ein Problem der unmittelbar Betroffenen, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Dessen Lösung aber ist von der CDU/SPD-Regierung offensichtlich nicht gewollt. Knallhart werden stattdessen alle möglichen sozialen Bereiche und öffentlichen Leistungen eingedampft und die dort abgepressten Gelder

in die Aufrüstung gesteckt. Nebst zusätzlichen Milliarden Schulden für eine Kriegstüchtigkeit, die letztlich unser aller Vernichtung bedeuten kann. Darum:

Stopp Aufrüstungspläne!

Her mit einem umfassenden

Wohnungsbauprogramm

im kommunalen

Eigentum

zu verträglichen

Mieten!

